

ARNDT HOPFMANN

Der Westen sagte ¥€\$ – das war der Gipfel nachhaltiger Entwicklung

»The world was not in Johannesburg to discuss new goals or negotiate new agreements ... but to find ways to implement what had already been agreed in Rio de Janeiro 10 years ago«

JEFFREY SACHS (einst berühmter IWF-Ost-Experte, jetzt Sonderberater von Kofi Annan)

Wenn es nach dem auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung mit viel Aufwand präsentierten Weltentwicklungsreport 2003 der Weltbank geht, dann wird das globale Ökosystem nicht etwa durch die Verbrauchsgewohnheiten in den Industrieländern, sondern allein durch »das zur Armutsbekämpfung notwendige Wachstum« unter Streß gesetzt. Abgesehen davon, daß nach altbekannter Manier unter »Entwicklung« noch immer und zuallererst »Wirtschaftswachstum« verstanden wird – was weder als neu noch als nachhaltig gelten kann –, ist damit eines klargestellt: wenn es um ein ökologisch zukunftsfähiges Entwicklungsmodell geht, haben die »Entwicklungsländer« den Schwarzen Peter. Der Nordwesten, der bekanntlich 80 Prozent aller Ressourcen konsumiert und über 70 Prozent der klimaverändernden Treibhausgase emittiert, hat – plus minus einige hausgemachte (Flut)Katastrophen – keine Probleme und darf daher weitermachen wie bisher.

Beseelt von genau diesem Geist hat denn auch kürzlich der offizielle Part der bis dato größten UN-Konferenz aller Zeiten – des World Summit on Sustainable Development – im südafrikanischen Johannesburg stattgefunden. Abgeschildert vom Rest der Welt haben die Staats- und Regierungschefs aus 104 Ländern (freilich ohne ihre No. 1, den US-Präsidenten George W. Bush) in der UN-Sondersicherheitszone Sandton City ein Aktionsprogramm für mehr Nachhaltigkeit in der Weltentwicklung beschlossen, das vor allem Anpassungsleistungen durch die »Entwicklungsländer« vorsieht. Von Fehlentwicklungen im Nordwesten war höchstens beiläufig die Rede. Wenn sich die Regierungen der »Dritten Welt« ordentlich aufführen, regelmäßig Wahlen abhalten und ansonsten den Marktkräften ihren »freien« Lauf lassen, dann sagen die reichen Länder ¥€\$ und versprechen für mehr »Entwicklung« im Süden mehr Hilfsgelder fließen zu lassen.

Insbesondere soll dies für den afrikanischen Kontinent im Rahmen der kürzlich aus der Taufe gehobenen Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) der Fall sein. Dieses Programm erweist sich bei genauerem Hinsehen allerdings als alter Wein neoliberaler Strukturanpassung in neuen Konditionalitäts-Schläuchen. Vor allem soll eine Kontrollgruppe aus »ehrenwerten« afrikanischen Persönlichkeiten im Rahmen des sogenannten African Peer Review Mechanism unbotmäßige Regierungen in die Schranken fordern und sichern, daß sie sich der (bisher lediglich versprochenen) Zuwendungen auch würdig erweisen. Angesichts der mehr oder weniger freiwilligen und bedingungslosen Unterordnung der afrikanischen Regierungen unter von außen aufgeherrschte Bedingungen verwundert es daher kaum, daß NEPAD von seinen Kritikern inzwischen längst als KNEE-PAD – als Kniefall Afrikas vor den Geberländern – buchstabiert wird.

Meilenweit entfernt vom streng abgeschirmten Sandton City trafen sich im Global People's Forum die sogenannten CO-NGOs – die kooptierten oder angepaßten bzw. staatlich »anerkannten« und »geförderten« Nichtregierungsorganisationen – im Süden Johannesburgs auf dem Ausstellungszentrum NASREC. Hier wurde das volle Programm des Üblichen geboten: von Workshops über Spiritualität, Liebe und Nachhaltigkeit, über phantasievolle Protestaktionen gegen die Erderwärmung bis zu Debatten über neuartige Technologien zur Lösung von Umweltproblemen. Insbesondere die Heinrich-Böll-Stiftung hat weder personellen noch finanziellen Aufwand gescheut, um das gesamte Spektrum der Themen, die im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsdebatte stehen, zu verhandeln, zu besetzen und sogar als Theaterstück zu inszenieren. Was nicht nur im Böll-Forum bei allem Engagement auffällig unauffällig blieb, war trotz und gerade angesichts des im Detail beachtlichen Sachverstandes der Teilnehmer aus aller Herren Länder eine klar adressierte grundsätzliche Kritik. Angeprangert wurde allerorten zwar dieses oder jenes regionale Problem, protestiert wurde gegen »heiße Luft«, ausführlich debattiert wurde über neue Technologien – all dies in der Regel jedoch ohne Roß und Reiter zu benennen. Gesellschaftliche oder politische Hindergründe wurden gern verdrängt, weil sich die Masse selbst der regierungsferneren Aktivisten offen-

bar längst mit den herrschenden Zuständen abgefunden hat – wenn es nicht gerade um »Korruption« in »Entwicklungsländern« geht, wo angesichts der längst alltäglichen Schmiergeldaffären, Bilanztricks und Steuerbetrügereien in den (nordwestlichen) Heimatländern bemerkenswert einäugig ein Dritte-Welt-Phantom aufgebauscht wird, auf das sich trefflich mit erhobenem Zeigefinger verweisen läßt. Die wenigen, die in NASREC versucht haben, gesellschaftliche Verursachungszusammenhänge und soziale Nöte zur Sprache zu bringen – beispielsweise Vertreter von ATTAC, des Weltsozialforums oder der Landlosenbewegung – blieben weitgehend unter sich. Die Aktivitäten jener bunten Vielfalt von Organisationen, Gruppen und Grüppchen, die sich gern selbst als antihierarchische Neue Soziale Bewegungen verstehen, hatten weder feste Orte noch geordnete Zeitpläne. In Universitähörsälen, in überfüllten Camps, in Townships und Stadien und nicht zuletzt auf der Straße engagierten sich Tausende, vor allem südafrikanische Aktivisten gegen NEPAD und neoliberale Globalisierung, gegen die Privatisierung der Wasser- und Energieversorgung, für kostenlose Schulbildung und mehr soziale Gerechtigkeit – sowie hin und wieder auch für mehr Umweltschutz. In einer Region, die von wachsenden sozialen Spannungen und weit verbreiteter Massenarmut, von HIV/AIDS und steigender Kriminalität heimgesucht wird, sind bis heute Umweltschutz oder gar nachhaltige Entwicklung nicht nur weitestgehend unbekannt, sondern auch inhaltsleere Begriffe; darüber kann auch die von den Gipfelorganisatoren inszenierte Recyclingkampagne – wozu das NASREC-Gelände mit Hunderten von Recyclingtonnen umzingelt und zugestellt wurde – nicht hinwegtäuschen. Wie längst allerorten üblich, an denen sich Globalisierungspologeten und die »Führer der Welt« versammeln, richteten sich die Massenproteste auch in Johannesburg vehement gegen die bedrohlichen sozialen Konsequenzen neoliberaler Politik, die das hehre Gipfelmotto »People, Planet, Prosperity« längst ad absurdum geführt haben. Eine wirtschaftspolitische Strategie, die mittels Kommerzialisierung und Privatisierung »Wohlstand« verheißt, muß zwangsläufig an den Armen – an »Geldsubjekten ohne Geld« (Robert Kurz) – genauso scheitern wie an der Sucht der »Geberländer« nach immer neuen Bedingungen für die Gewährung von »Entwicklungshilfe«. Weder kann durch die Einführung von barer Zahlung für die Versorgung mit existenziellen Gütern die Lebenslage jener nachhaltig verbessert werden, die als »absolut arm« gelten, weil sie mit weniger als einem US-Dollar pro Tag ihr Dasein fristen müssen, noch kann sich die Stellung eines Dritte-Welt-Landes in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich verbessern, solange die Märkte der »Ersten Welt« protektionistisch abgeschottet bleiben und die dortigen Produzenten mit riesigen (keineswegs »marktkonformen«) Subventionen vor unerwünschter Konkurrenz geschützt werden. Selbst das in der Abschlusserklärung verkündete hehre Ziel, bis 2015 die Zahl der Armen zu halbieren, erweist sich angesichts des Maßstabs, der dafür zugrundegelegt wird, als

Farce. Wenn nämlich die Steigerung des täglich verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens für ca. 700.000.000 Menschen (über einen Zeitraum von zehn Jahren) von jetzt einem US-Dollar auf dann vielleicht zwei US-Dollar als ausreichend für die »Beseitigung absoluter Armut« angesehen wird, dann ist dies nicht nur höchst fragwürdig – weil schon eine relativ geringfügige Abwertung des US-Dollars »helfen« könnte, das Problem zu »lösen« –, sondern in bezug auf den damit erreichten »Fortschritt« auch eher makaber – als ob ein Mensch mit zwei US-Dollar pro Tag nicht noch immer bedrückend arm wäre.

Der Gipfel in Johannesburg hat eines mit aller Deutlichkeit gezeigt: Bei allen noch so drängenden Herausforderungen, denen sich die »Weltgemeinschaft« gegenüber sieht, darf an den Grundpfeilern des nordwestlichen Selbstverständnisses (und damit des kapitalistischen Wirtschaftsystems) unter keinen Umständen gerüttelt werden. Deshalb wurde der Begriff nachhaltige Entwicklung nicht nur erfolgreich seiner potenziell systemkritischen Inhalte entkleidet, er ist längst zur inflationär mißbrauchten Allerweltsfloskel verkommen. Im gleichen Maße wie inzwischen jedes Weltunternehmen »nachhaltig produziert« und natürlich »nachhaltig wächst« ist auch den nordwestlichen Regierungen (und wohl auch einem großen Teil ihrer Wähler) jede kritische Distanz zum eigenen Tun und Lassen abhanden gekommen – wofür nicht zuletzt der jeder selbstkritischen Bilanz entbehrende Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung an den Gipfel beredtes Zeugnis ablegt. »Null-Toleranz« war deshalb nicht nur das Prinzip, mit dem die südafrikanische Regierung beweisen wollte, daß sie zumindest bei der brutalen polizeilichen Repression auch von friedlichen Demonstranten inzwischen sehr wohl das »entwickelte« Niveau von Genua oder Göteborg erreicht hat. »Null-Tolleranz« war auch der Leitgedanke für die Verhandlungen auf dem Gipfel selbst. Keiner der ohnehin spärlichen Versuchen, auch nur in einem einzigen Punkt über die Beschlüsse von 1992 in Rio de Janeiro hinauszugehen, wurde toleriert, und was die Festlegungen der Konditionen für die versprochenen zusätzlichen Entwicklungshilfemilliarden angeht, da ist bekanntlich schon lange klar, wer dabei in letzter Instanz das Sagen hat...

Nach zehn Tagen Weltgipfel in Johannesburg verfestigt sich der beklemmende Eindruck. Die ursprüngliche Idee nachhaltiger Entwicklung, die im sogenannten Brundtland-Bericht 1987 – freilich etwas simpel – als die Wahrung von Entwicklungschancen zukünftiger Generationen beschrieben wurde, haben die Apologeten des Status Quo (und der ihnen hörige Medienzirkus) inzwischen erfolgreich »besetzt« und damit seiner endgültigen Beerdigung ein großes Stück näher gebracht – es sei denn, es gelingt, das Konzept von links wiederzubeleben und kapitalismuskritisch zu wenden. Dazu wäre es mit der Vision von einer sowohl ökologisch und ökonomisch als auch sozial zukunftsfähigen Gesellschaft zu verbinden und so als langfristige (programmatische) Strategie politisch-widerständigen Handelns zu entfalten.